Sachsen, wendet sich in einer Erklärung gegen den Bezirksschulrat Arzt, der nachdem er bald nach Ausbruch der Revolution mit Frau und Kindern aus der Kirche austrat, jetzt den christlichen Religionsunterricht inspiziere. Zum Schluß wird in der Erklärung dringend das Reichsschulgesetz verlangt, daß den Evangelischen die Möglichkeit gäbe, evangelische Bekenntnisschulen zu errichten.

Dresden. (Eine Ehrung Schlageters.) Die C. V. Verbindungen Saxo-Thuringia, Dresden und Bergland, Freiberg, widmen ihren durch die Linkspresse schwer verleumdeten Cartellphilister Leo Albert Schlageter, dem deutschen Helden von Düsseldorf, einen Nachruf, in dem er als deutscher Held gepriesen wird, der für sein geliebtes Vaterland in den Tod ging. Zu Ehren seines Gedächtnisses findet am Mittwoch vormittag 9 Uhr in der Dresdner Katholischen Hofkirche ein Trauergottesdienst statt.

Dresden. (Zum Verbot der Schlageter-Gedenkfeier.) Der Beschluß des Polizeipräsidiums vom 22. Juni 1923, durch den die für Sonnabend geplant gewesene Schlageter Gedenkfeier verboten wurde, lautet: Die von dem Bürgerausschuß für vaterländische Kundgebungen zu Dresden für den 23. Juni 1923 im Vereinshaus zu Dresden geplante Schlageter Feier wird auf Grund von § 1 des Vereinsgesetzes vom 19. April 1908 und auf § 14, Absatz 1 des Republik-Schutz Gesetzes vom 21. Juli 1922 verboten.

Dresden. (Das Markt-Verzeichnis für Das alljährlich vom Sächsischen Statistischen Landesamt bearbeitete und bisher auch herausgegebene Verzeichnis der Märkte und Messen im Freistaat Sachsen ist für das Jahr 1924 als Sonderabdruck aus dem vom Preußischen Statistischen Landesamt (Berlin SW) herausgegebenen Marktverzeichnis, das alle Märkte und Messen im Deutschen Reich enthält, nur zum Dienstgebrauch für Behörden hergestellt worden. Interessenten können das Marktverzeichnis für Sachsen im Statistischen Landesamt Dresden-N., Ritterstraße 14) und unter Umständen auch bei den für Marktsachen zuständigen staatlichen Verwaltungsbehörden einsehen. — (Der gute Ton im Sächsischen Landtage.) Der frühere Sächsische Wirtschaftsminister Abg. Schwarz hat einen Kollegen der Rechten mit „Lausejunge" bezeichnet. Derselbe Herr hat sich schon wiederholt durch seine unparlamentarischen Aeußerungen unliebsam bemerkbar gemacht. Das ist auch am Donnerstag in einer Ausschußsitzung wieder geschehen. Die dem Landtage als Abgeordnete angehörenden Landwirte Bauer, Schreiber, Pagenstecher, Leithold und Beutler haben an den Präsidenten des Landtages folgendes Schreiben gerichtet: „Nach Mitteilungen mehrerer Mitglieder des Prüfungsausschusses hat in der Donnerstagsitzung dieses Ausschusses, als der Plan der Besichtigung des Zuchthauses zu Waldheim besprochen wurde, der Abg. Schwarz geäußert: „Da möge man auch die Landwirte mitnehmen, denn nach seiner Ueberzeugung gehörten die Landwirte ins Zuchthaus." Die unterzeichneten Mitglieder des Landtages, die von Beruf Landwirte sind, erblicken in dieser Aeußerung eine unerhörte Beleidigung ihrer Person und der gesamten sächsischen Landwirtschaft, die nach wiederholter Feststellung des Wirtschaftsministers ihre Pflicht der Allgemeinheit und dem Vaterlande gegenüber erfüllt hat: Wir ersuchen den Herrn Präsidenten des Landtages, den Abgeordneten Schwarz zur Rücknahme seiner schweren Beleidigung zu veranlassen.

Leipzig. (Straßenbahnfahrt 1000 M.) Von Sonnabend, den 23. Juni beträgt der Preis für eine Fahrt auf der Leipziger Straßenbahn 1000 Mark.

Limbach. (Sieg der christlichen Schule.) In dem kommunistischen Limbach, einer Hochburg Moskaus, haben die Elternratswahlen einen glänzenden Sieg für die christliche Schule erbracht. Die Liste der christlichen Elternschaft erzielte 13, die des Gewerkschaftskartells nur 9 Sitze.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Königsberg, 24. Juni. (Eine Rede des Reichskanzlers Dr. Cuno in Königsberg) Anläßlich der landwirtschaftlichen Ausstellung der deutschen Ostmesse, zu deren heutigen Eröffnung mehrere Mitglieder des Reichskabinettes anwesend waren, nahm Reichskanzler Dr. Cuno in der Hindenburg-Oberrealschule vor geladenen Gästen, unter denen fast vollzählig die Vertreter der Behörden und der Wirtschaftsorganisationen erschienen waren, Gelegenheit zu einer Ansprache. Er betonte zunächst, daß er keineswegs eine politische Rede halten wolle, daß im gegenwärtigen Augenblick die persönliche Fühlung von Mensch zu Mensch ohne Unterschied des Standes und der Partei als wesentlich erscheint. Ostpreußen ist in seiner Wirtschaft vom Reiche vollkommen unabhängig und ganz auf sich selbst angewiesen. Gerade deshalb ist es aber im Hinblick auf die schwer betroffene Wirtschaft geeignet, ein Beispiel zu sein für das, was aus Deutschland werden solle. Es ist meine tiefste Ueberzeugung, daß wir ebenso wie das Rheinland oder das Ruhrgebiet Ostpreußen nicht vergessen werden und Ostpreußen nicht vergessen werden darf. Seien Sie überzeugt, die Regierung wird Ostpreußen nicht vergessen. Angesichts der gegenwärtigen Lage taucht überall die Frage auf, was die Zukunft uns bringen wird. Man blickt dabei nach der feindlichen Besatzung im Westen. Die deutschen Männer halten dort fest und werden festhalten, wie am ersten Tage, ja, vielleicht noch fester Allen versichern sie, daß sie nicht lassen vom Reiche. Wir aber, die wir auf sie bauen, müssen unsere Politik für sie geeignet gestalten. Das sind wir ihnen schuldig. Wir müssen aber auch darauf bedacht sein, die Leiden dieser Männer zu verkürzen. Die Reichsregierung hat nicht gleichgültig und nicht leichten Herzens in der Ruhrfrage wiederholt, sie werden keinen anderen Weg einschlagen als den, Poincaree und seinen Anhängern angesichts dieser widerrechtlichen Besetzung Deutschlands ein Nein entgegenzurufen. Doch nur solange soll dieses Nein gelten, als es im Interesse der freien Wirtschaftsentwickelung und im Interesse der Souveränität Deutschlands erforderlich ist und daraus erklärt sich auch der Versuch der Regierung, eine Lösung der Reparationsfrage zu finden. Es hat keinen Sinn, politische Ideale zu betreiben, mit Kräften, die zu schwach sind, diese zu verwirklichen. Wir brauchen eine Politik der praktischen Erwägung und eine Politik, die auf dem Boden der Tatsachen und des praktisch Erreichbaren steht. Weiter führte der Reichskanzler aus, daß es das Ziel und die Aufgabe der Reichsregierung gewesen sei und jetzt noch sei, die Länder, die am Friedensvertrage interessiert sind, auch zu schützen, damit unser Vaterland frei werde von den Hindernissen einer wirtschaftlichen Entwickelung. Nur auf diesem Wege sei das zu erreichen möglich. Dieses Ziel hat die Regierung auch in ihrem Memorandum erreicht. Die Welt ist nicht mehr stumm wie bisher. Nicht mehr steht die englische und die italienische Regierung den Ereignissen im Ruhrgebiet teilnahmslos gegenüber. Beide Länder stehen nicht mehr bedingungslos an der Seite Frankreichs. Freilich, Poincaree ist nicht verhandlungswillig, ebenso jetzt, wie bisher. Er verlangt eben die Aufgabe des passiven Widerstandes. Aber keine Regierung kann den passiven Widerstand, der geboren ist aus den Qualen der Bevölkerung an Ruhr und Rhein, weil er eben jenen deutschen Männern mit unzerreißbarer Entschlossenheit aus den Herzen wächst und den wir auch nicht aufgeben können, weil wir es den Männern, die ihr Leben dabei dem Vaterlande hingegeben haben, und denen, die in den Gefängnissen sitzen, schuldig sind. Poincaree ist nicht verhandlungswillig. Nur dann wird er es werden, wenn das deutsche Volk sich eins fühlt in seinen Gliedern, wenn es durchhält und aushält im unbesetzten Gebiet. Wenn man aus dem besetzten Gebiet kommt, so kommt man erfrischt und gestärkt zurück. Trotz vier Jahren Krieg und vier Jahren Friedlosigkeit und der vielen unsäglichen Leiden halten sie dort treu zum Reiche fest. Auch wir hier in der Heimat stehen an der Front, ohne daran zu denken: Was verdiene ich? Jeder muß daran denken: Was dient dem Vaterlande? Die Reichsregierung wird ohne alle Rücksicht gegen diejenigen vorgehen, die sich dieser Sorge zu entziehen versuchen. Aus dieser Tatsache ergibt sich die Notwendigkeit für jede Regierung, mit dragonischen Maßregeln in dieser Richtung vorzugehen.

— (Präsident Harding) hat in St. Louis eine Rede gehalten, der insofern besondere politische Bedeutung beigemessen werden kann, als hier der Präsident der Vereinigten Staaten zum ersten Male nach langer Zeit wieder ein unmittelbares Interesse an europäischen Vorgängen bekundet. Harding lehnt aber nach wie vor ab, sich am Völkerbund zu beteiligen; ein Grund mehr für Deutschland, auch dieser höchst zweifelhaften Gesellschaft der Nationen möglichst fern zu bleiben. Dagegen ist aber aus der Rede Hardings zu schließen, daß Amerika bereit ist, dem Internationalen Gerichtshof in Haag beizutreten, um zur „freimütigen aber engen Verbindung der übrigen Staaten zwecks Wiederherstellung der Stabilität beizutragen". Wie weit dieses Wort nur eine Phrase bleibt, ist abzuwarten, die übrigen Ausführungen, die Herr Harding machte, lassen erkennen, daß ihm die Phrasen durchaus nicht fremd sind. Liest man sich seine Ausführungen Wort für Wort durch, so ergibt sich, daß er ohne Zweifel Frankreichs Partei nimmt, während er Deutschland gegenüber noch immer die alte Kriegseinstellung zeigt. Predigt er doch höchst unnützer Weise Deutschland erneut die „Demokratie", mit der schon sein Vorgänger Wilson Deutschland beglückte, und mit der Deutschland bisher die denkbar schlechtesten Erfahrungen gemacht hat. Wenn Herr Harding sich nicht schämt, in diesem Zusammenhang die nationale Ehrenhaftigkeit des kaiserlichen Deutschlands anzuzweifeln, so sollte er vor der eigenen Türe kehren und sich die Frage vorlegen, wie es mit der nationalen Ehrenhaftigkeit Amerikas bestellt ist, daß der Hauptschuldige daran ist, daß das Versailler Friedensdiktat einem amerikanischen Versprechungen allzu sehr trauendem Volke auferlegt wurde, und das sich nun kaltblütig und unbewegt der Verantwortung für die Folgen dieses Diktates entzieht.

England.

London, 25. Juni. (Die schmutzige Rolle Frankreichs.) Der liberale „Starb schreibt zu den Enthüllungen des „Oberserver": Dieser Dorten ist nichts anderes, als ein ganz gemeiner Verräter seines Landes, der Vertraute der französischen Militärbehörden, der Empfänger französischen Geldes. Was für eine schmutzige Rolle spielen da die Franzosen indem sie Dorten zu diesem Verrat anstifteten, zu dem gemeinsten Verbrechen unter der Sonne Frankreich hat uns zu der Ansicht gelenkt, daß es die alleinige Macht über das Schicksal Deutschlands habe, ohne daß es sich dazu verpflichtete, sich um die anderen Mächte zu kümmern, die ihm in seiner Not zu Hilfe kamen. Diese Enthüllungen können jedoch kaum vorübergehen, ohne von den Alliierten kommentiert zu werden.

Belgien.

— (Das belgische Kabinett gesichert? Aus Brüssel wird gemeldet: Es bestätigt sich, daß Theunis sich dem Parlamente noch im Laufe dieser Woche mit allen seinen früheren Mitarbeitern vorstellen wird. Es sei immerhin noch möglich, daß sich der eine oder der andere Minister aus persönlichen Gründen zurückziehen könne. Unter keinen Umständen wird sich das Kabinett von dem vorhergehenden unterscheiden Dem „Temps" wird zu der ganzen Frage gemeldet, daß an der äußeren Politik Belgiens während der ganzen Zeit nicht die geringste Erschütterung eingetreten sei.

Ministerpräsident Zeigner für bedingungslose Aufgabe des Widerstandes an Rhein und Ruhr.

Der sächsische Ministerpräsident Dr. Zeigner sprach in einer in Planitz bei Zwickau abgehaltenen öffentlichen Volksversammlung über die politische Lage im Reich und in Sachsen. Die Ausführungen sind nach einem Berichte des sozialdemokratischen Sächsischen Volksblattes so ungeheuerlich, so aggressiv gegen Reichsregierung und Vaterland, daß wir die Verantwortung dem genannten Blatte überlassen müssen. Nach diesem Berichte schilderte Dr. Zeigner zunächst mit eindringlichen Worten die (angeblichen! D. Red.) großen Gefahren, von denen das Proletariat bedroht sei. Die Reichswehr sei von vornherein keine Stütze für die Republik gewesen. Die Industrie usw. habe große Geldmittel aufgewendet für Organisationen zum angeblichen Schutze gegen außenpolitische Verwicklungen. In Wirklichkeit seien diese Gebilde für inne politische Vorgänge gedacht. Die Republik habe als wirklichen Schutz nur die Arbeiterschaft. Auf die Lage im Ruhrgebiete zu sprechen kommend, schilderte der Redner eingehend die Verhältnisse in der Ruhrindustrie, ihrer Schwierigkeiten bezüglich des Absatzes usw. Die Reichsregierung habe ganz unter dem Einflusse gestanden, den passiven in den aktiven Widerstand überzuleiten. Die größte Gefahr der gewaltsamen außenpolitischen, Auseinandersetzung habe im April und Mai bestanden, die innerpolitische stehe jedoch noch bevor. Ueber diese Dinge könne erst einmal geredet werden, wenn bestimmte Archive geöffnet würden. Die Preise steigen, der Lohn falle, die Reichsregierung sehe untätig zu. Das Ausland erkenne, daß der Widerstand an Rhein und Ruhr zu Ende sei. Die Front stehe noch, doch zeige sie Risse. Es sei die höchste Zeit, den passiven Widerstand aufzugeben und bedingungslos zu Verhandlungen zu kommen. Für Mitteldeutschland bergen die nächsten Monate große Gefahren und es werde dazu kommen, daß der Arbeiterschaft die Faschisten bis an die Kehle bewaffnet gegenüberständen. Ueberall zeitigten die Verhältnisse eine große Nervosität; es brauche nur der Funke in das Pulverfaß zu fliegen. Und so lägen die Dinge im Reich und in den Ländern. Ueberall Demonstrationen der Erwerbslosen, deren Forderungen zu Recht bestünden. Die Länder allein könnten nicht helfen. Die Steuerhoheit liege beim Reiche, dessen Kostgänger Länder und Gemeinden seien. Dem Kabinett Cuno drückten die Namen Becker, Heinze und v. Rosenberg den den Stempel auf. Innerpolitisch werde es äußerst blutige Auseinandersetzungen geben. Cuno sei heute noch am Ruder und habe schon zweimal seine Demission angeboten. Keine Partei wolle den Mist ausräumen. Cunos Politik sei bankrott. Es gebe nur eins: wer sich bankrott fühle, müsse liquidieren; wer nicht liquidiere, werde gezwungen und eines Tages müsse das Kabinett Cuno abtreten. Es werde der Kampf aus dem bürgerlichen Lager beginnen mit Gift, Dolch und Handgranaten. Man solle nicht annehmen, daß sich jemals ein Kapp-Putsch wiederholen werde, diesmal gehe es anders, eines Tages gehe das Gewehr los. Es sei nicht Zufall, daß in Leipzig und Dresden derartige Elemente angetroffen wurden, es sei nicht Zufall, daß der Reichswehr die Waffen abhanden kämen. Die Rede Zeigners wird vom „Kämpfer", dem kommunistischen Blatte, als ein Alarmruf bezeichnet, aber die Ausführungen Zeigners über die bedingungslose Aufgabe des Widerstandes an Rhein und Ruhr gehen selbst diesem Blatte, wenn auch nicht aus vaterländischen Gründen, zu weit und bezeichnet es als falsch, zur Aufgabe des passiven Widerstandes aufzufordern, damit tue man den Raubrittern der Industrie und des Junkertums den großen Gefallen. Es heiße zupacken, sofort zupacken, wenn ein Absturz in den Abgrund verhindert werden soll. Woher Ministerpräsident Zeigner angesichts der letzten mannhaften Kundgebungen an Rhein und Ruhr, ausharren zu wollen im Widerstande, den Mut nimmt zu seinen Ausführungen über diesen Punkt, wird wohl sein Geheimnis bleiben.